



Irrationale Angst

Auch in der Kommunalpolitik wird gern mit Angst gespielt, ob durch den Oberbürgermeister, der für seine Kürzungspolitik im Haushalt den corona-bedingten Wirtschaftseinbruch in möglichst düsteren Tönen malt, oder durch die Freien Wähler, die Stimmung machen, indem sie Angst vor neuen Technologien schüren – siehe 5G.

Bürgermeister für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften
GEWÄHLT: STEPHAN KÜHN

Noch bevor die Ausschreibung für das Bürgermeisteramt öffentlich war, hatten die Grünen bereits ihren Präferenzkandidaten bestimmt: Stephan Kühn. Daran gab es viel Kritik von links – trotz Unterstützung der Kandidatur Kühns. **André Schollbach:** „Die Grünen haben mit ihrem Vorgehen weder der Demokratie noch Herrn Kühn einen Gefallen getan. Bei der Entscheidungsfindung haben wir uns jedoch von sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Es geht darum, dass wesentliche Entscheidungen im Stadtrat der Landeshauptstadt auf einer berechenbaren Grundlage und nicht aufgrund von Zufallsmehrheiten erfolgen.“ Und diese Mehrheiten waren denkbar knapp: 34 Stimmen für Kühn, von 67 anwesenden Räten.

Nix Neues: 5G

Modellstadt 5G? Nicht mit den Freien Wählern. Deren Fraktion bescherte dem Stadtrat heute eine Aktuelle Stunde und sprach schon im Vorfeld von "ungeklärten Fragen und Risiken für die Gesundheit von Menschen". **Katharina Hanser** stellte für uns die eigentlichen Fragen: "Warum tätigt der Staat die Investitionen in den Ausbau



neuer Technologieinfrastruktur, aber die Gewinne verbleiben bei den Konzernen? Wer profitiert von der Digitalisierung – die Menschen oder nur die Wirtschaft?"

Haushalt 21/22

„Dieser Haushaltsentwurf lässt sich aus meiner Sicht mit einem Satz zusammenfassen: Mit Verantwortung durch die Krise“, so der Oberbürgermeister heute bei der Vorstellung seines Haushaltsentwurfes. Ab Freitag steht dieser unter www.dresden.de/haushalt zur Verfügung. Bürgerinnen und Bürger können Einwendungen zum Entwurf an die Verwaltung richten. Die Linksfraktion wird dies ganz sicher tun. **André Schollbach** und **Tilo Kießling** in einer ersten Reaktion: "Insbesondere die im Raum stehenden Kürzungen bei den freiwilligen Aufgaben in den Bereichen Kultur, Jugendhilfe und Soziales drohen soziale Verwerfungen zu erzeugen. Das lassen wir nicht zu."